



ukraine- analysen

www.laender-analysen.de/ukraine

AUSBLICK: HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE UKRAINE IM KOMMENDEN JAHR

■ DIE INNENPOLITISCHE PERSPEKTIVE

- Die Präsidentschaftswahlen 2010 und die Gesellschaft:
Krise als Lernprozess 2
Von Tetiana Katsbert, Berlin
- Schwieriger Weg aus der Sackgasse 3
Von Peter Hilkes, München
- Wird die Ukraine auf Demokratiekurs bleiben? 4
Von Gerhard Simon, Köln
- Welche politischen Veränderungen braucht die Ukraine
gegenwärtig am dringendsten? 5
Von Dieter Segert, Wien
- Zur Verfassungsordnung ohne Verfassungs- und
Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine und ihren Auswirkungen 6
Von Ingmar Bredies, Regensburg
- Noch eine Aufgabe für die neue Staatsführung:
Neuordnung der innerstaatlichen Verwaltungs- und
Finanzstruktur 7
Von Matthias Morgner, Berlin

■ DIE AUSSENPOLITISCHE PERSPEKTIVE

- Die Ukraine bleibt ein großes Sorgenkind
der internationalen Gemeinschaft 9
Von Alexander Rahr, Berlin
- Perspektiven der Außen- und Sicherheitspolitik der Ukraine 10
Von Martin Malek, Wien
- Die Eigeninteressen der ukrainischen Elite:
Bremsen für die Entwicklung des Landes 11
Von Susan Stewart, Berlin
- Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der EU und
Umsetzung der Assoziierungsagenda 12
Von Anne Wetzel, Zürich
- ### ■ DIE WIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE
- In der Schuldengrube 13
Von Kateryna Malyhina, Bremen
- Implikationen der Aussetzung des IWF-Programms 15
Von Ricardo Giucci und Robert Kirchner, Berlin/Kiew
- Lösung der politischen Krise in Sicht? – Economics matters 17
Von Inna Melnykovska, Berlin/Kiel

■ CHRONIK

- Vom 24. November bis zum 8. Dezember 2009 19

*Die Ukraine-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



**Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen**



**Deutsche Gesellschaft für
Osteuropakunde e.V.**

Die innenpolitische Perspektive

Die Präsidentschaftswahlen 2010 und die Gesellschaft: Krise als Lernprozess

Von Tetiana Katsbert, Expertin für die Ukraine beim Europäischen Austausch gGmbH, Berlin

Am 17. Januar 2010 wählt die Ukraine einen neuen Präsidenten. Mit den Präsidentschaftswahlen 2004, als aufgrund massiver Wahlfälschungen die Orange Revolution ausbrach, sind die Wahlen 2010 in ihrer Wahrnehmung jedoch nicht zu vergleichen. Während damals für Freiheit, Recht und Demokratie gekämpft wurde, herrscht heute in der Gesellschaft Apathie und Misstrauen. Die politischen Konfrontationen zwischen Präsident, Regierung und Parlament, die die Lösung wichtiger sozialer, wirtschaftlicher und politischer Probleme im Land verhinderten, und die Wirtschaftskrise seit Ende 2008 haben den Glauben der Bevölkerung an die Regierungsmächte stark erschüttert. Laut der Umfrage eines Sozialforschungsinstituts ist das Vertrauen in Präsident Viktor Juschtschenko von 15 % im Jahre 2007 auf 5 % im Jahre 2009, das Vertrauen in die Regierung von 16 % auf 7 %, und in das Parlament von 9 % auf 4 % gesunken. Die veränderte Stimmung in der Bevölkerung zeigt sich auch in den neusten Ratings für die politischen Eliten. Während Viktor Juschtschenko im Februar 2005 noch von über 71 % und Julia Timoschenko von über 63 % der Bevölkerung unterstützt wurden, nahm die Zahl ihrer Anhänger 2009 deutlich ab: so sprachen im Oktober 2009 nur noch 2 bis 4 % Juschtschenko und 16 bis 18 % Timoschenko ihre Unterstützung aus. Gegenkandidat Viktor Janukowitsch konnte sich 2009 dagegen über die höchste Unterstützungsquote (21 bis 31 %) unter den drei Spitzenpolitikern freuen.

Die sinkende Beliebtheit von Präsident Juschtschenko zeugt davon, dass der derzeitige Amtsinhaber die größte Last der Enttäuschungen über die Orange Revolution trägt und keine Chance auf den Wahlsieg hat. Er wird seinen Platz wohl für einen seiner politischen Konkurrenten – Timoschenko oder Janukowitsch – räumen müssen, die im Wahlkampfzyklus 2009–2010 um das Präsidentenamt kämpfen. Die beiden ehemaligen Regierungschefs, die laut Meinungsumfragen zur Wahl 2010 mit großem Abstand vor den anderen 16 registrierten Präsidentschaftskandidaten liegen, sehen sich jedoch mit einer schwierigen Situation konfrontiert: Anders als im Jahr 2004 werden die Präsidentschaftswahlen von der Bevölkerung nicht als Chance auf einen Neuanfang, sondern als ein fast unnützer Mechanismus der Demokratie empfunden, der – wie die Erfahrung der Präsidentschafts- und mehrfachen Parlamentswahlen 2005–2007 zeigt – die soziale Lage im Lande nicht verbessern

kann. Diese Skepsis manifestiert sich auch in der großen Zahl sogenannter Protestwähler: so wollen 10 % der Bevölkerung gegen alle Kandidaten stimmen und 7 % sich der Stimme enthalten. Dies kann die Legitimität der politischen Macht in Frage stellen.

Obwohl Gleichgültigkeit in der Bevölkerung nie eine gute Voraussetzung für erfolgreiche Politik ist, müssen auch die positiven Seiten der Situation in Betracht gezogen werden. Die Wahlen 2010 drohen – im Gegensatz zu 2004 – nicht in einer Spaltung der Ukraine zu enden. Die Frage nach der geopolitischen Orientierung der Ukraine nimmt in den aktuellen Wahlprogrammen von Janukowitsch, Timoschenko und den anderen Kandidaten keinen herausragenden Platz mehr ein. Weder die Frage nach einem möglichen NATO-Beitritt noch umstrittene Ideen wie die doppelte Staatsbürgerschaft oder die Diskussion um den offiziellen Status der russischen Sprache stehen auf der Tagesordnung, die heute in erster Linie von der Wirtschaftskrise dominiert wird. Die Bewältigung derselben ist das große Thema und die große Herausforderung, der sich alle Kandidaten stellen müssen. Um hier ein wirklich effizientes Vorgehen gewährleisten zu können, ist es allerdings wichtig, dass die Wahlen 2010 zu keiner weiteren politischen Krise führen – unabhängig davon, ob nun Janukowitsch oder Timoschenko das Präsidentenamt bekleiden wird. Nur dann ist eine Stabilisierung der Situation und eine Entwicklung der Wirtschaft in der Ukraine möglich. Eine Fortführung der innenpolitischen Kämpfe hätte dagegen eine andauernde gesellschaftliche Depression und eine weiterhin blockierte Wirtschaft zur Folge.

Die Lösung der politischen Krise ist die Voraussetzung für die Bewältigung der Wirtschaftskrise und damit die wichtigste Herausforderung für die Ukraine im Jahr 2010. In diesem Sinne kann es für die Politiker eine Erleichterung sein, dass in der Gesellschaft keine großen Erwartungen und damit auch keine großen Enttäuschungspotenziale vorhanden sind. Das ukrainische Volk befindet sich momentan in einer neuen und wichtigen Phase des Erwachsenwerdens – die Illusionen der Orangen Revolution gehören der Vergangenheit an, Kindheit und Pubertät sind vorbei. Die zahlreichen politischen Enttäuschungen der letzten Jahre hatten jedoch nicht nur einen Anstieg an Desillusionierung, sondern auch einen Anstieg an Selbständigkeit zur Folge: die Menschen haben gelernt sich wieder mehr auf sich selbst statt auf den Staat zu verlassen.

Nach einer kurzen prosperierenden Phase während des Wirtschaftsaufschwungs müssen die Menschen lernen sich wieder mehr auf immaterielle Werte zu besinnen und sich auf ihre Grundbedürfnisse zu konzentrieren.

Das sind jedoch ganz normale gesellschaftliche Prozesse in einem Land, das erst im August 2009 volljährig geworden ist.

Schwieriger Weg aus der Sackgasse

Von Peter Hilkes, forumNET.Ukraine, Lehrbeauftragter für ukrainische Landeskunde an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Jubiläen dienen dazu, ein Ereignis zu feiern. In der Ukraine wie auch außerhalb des Landes sind die »Orange Revolution« und ihre Errungenschaften »vergessen« oder werden verteuelt. Obgleich Dilettantismus, Selbstisolierung und politischer Stillstand das Land vor den Präsidentschaftswahlen kennzeichnen, sind dennoch Fakten haften geblieben, die beispielsweise auf die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft in der Ukraine sowie ihre Orientierung auf die EU hindeuten. Ungeachtet der möglichen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen zeichnet sich ein (typisch) »ukrainischer« Weg zur Lösung von Problemen ab, der die Entwicklung des Landes zumindest mittelfristig charakterisieren dürfte.

Insgesamt haben die politischen Akteure in der Ukraine maßgeblich zu einer Verschlechterung des Bildes im In- und Ausland beigetragen. Von den hehren Zielen einer marktwirtschaftlichen Entwicklung, Bekämpfung der Korruption, Etablierung klarer Strukturen in politischen oder wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen sowie einer eindeutigen Gewaltenteilung ist nichts bzw. wenig geblieben. Parlament wie Präsident haben es nicht vermocht, hier Klarheit zu schaffen – im Gegenteil: Durch Beeinflussung von Gerichten und ungeschicktes Taktieren hat sich z. B. Präsident Viktor Juschtschenko selbst diskreditiert. Er dürfte mangels Stimmen keine weitere Amtszeit erhalten.

Weitere Personen, die seit langem in der politischen Szene der Ukraine aktiv sind und in unterschiedlichen Konstellationen und Funktionen agieren bzw. auf- oder abtauchen, dürften bei der Wahl ebenfalls keine Erfolgsaussichten haben. Dazu zählen beispielsweise Kommunistenchef Petro Simonenko oder Serhi Tihipko. Von den achtzehn Kandidaten haben Julia Timoschenko und Viktor Janukowitsch in den bisherigen Umfragen die meiste Zustimmung und die besten Aussichten.

Viktor Janukowitsch repräsentiert für viele noch den Garanten für ein Festhalten an sowjetischen Traditionen und an den seit 1991 bestehenden Wirtschaftsstrukturen, die sich vor allem für Oligarchen und Clans positiv gestaltet haben. Öffentliche Auftritte, die unabhängigen Beobachtern als ungenlenk oder hölzern in Erinnerung

geblieben sind, haben ihm bisher aber bei seiner Wählerschaft nicht geschadet. Unbestritten ist auch, dass seine »Partei der Regionen« sich gewandelt hat, auch und vor allem auf Druck der Oligarchen, die etwa mit Blick auf die Märkte in den Ländern der EU an einer Selbstisolierung der Ukraine oder einer zu engen Anlehnung an Russland kein Interesse haben.

Julia Timoschenko stand lange für eine harte Haltung gegenüber Russland. Als »Mutter Courage der Ukraine« hat sie viele Krisen überstanden und mit ihrer PR-Arbeit und Hartnäckigkeit ihre Position als Ministerpräsidentin und Präsidentschaftskandidatin gefestigt. Ihre Scharmützel mit Präsident Juschtschenko haben eher letzterem geschadet. Der in den letzten Wochen von Timoschenko geführte Dialog mit Russland einschließlich Angeboten beim Transport von russischem Gas in den Westen haben ihr nicht nur Wohlwollen beim russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew und Ministerpräsidenten Wladimir Putin eingebracht, sondern ihre Position gegenüber Janukowitsch verbessert. Wie bei früheren Parlamentswahlen könnte es Timoschenko gelingen, bis zum Wahltag und für einen möglichen zweiten Wahlgang zusätzliche Wähler zu gewinnen, die sogar eine Wahlentscheidung zu ihren Gunsten herbeiführen könnten.

Beide, Timoschenko, die prononciert einen Weg Richtung EU verfolgt, und auch Janukowitsch, setzen auf die Unabhängigkeit der Ukraine. Auch ein vergleichsweise freundlicherer Kurs von Janukowitsch gegenüber Russland dürfte dies nicht ändern. Beide stehen jedoch auch für die Entwicklung in den letzten fünf Jahren. Nur mit Druck von außen und ohne den bei Wahlkämpfen üblichen Zwang von nicht erfüllbaren Versprechungen scheinen Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft möglich.

Und hier sind noch viele Fragen offen. Ob Kredite des IWF und anderer zielgerichtet und effektiv eingesetzt werden, ist ebenso ungewiss wie der Erfolg der Fußball-EM 2012 in der Ukraine. Mangels gemeinsamer Interessen und Vorgehensweisen ist kein Konsens sichtbar. Durchwursteln »à l'ucrainienne« ist keine Lösung

und dürfte dem Land weiter schaden. Es bleibt zu hoffen, dass der Ausgang der Wahlen den Weg in die Sackgasse

verhindert. Vor fünf Jahren hat die Gesellschaft schon einmal Zeichen gesetzt – ein Hoffnungsschimmer.

Wird die Ukraine auf Demokratiekurs bleiben?

Von Prof. Dr. Gerhard Simon, Universität zu Köln

Es ist ein paradoxes Ergebnis der Orangen Revolution: Der nächste Präsident der Ukraine könnte Viktor Janukowitsch heißen, der Verlierer von damals, und zwar diesmal gewählt ohne Manipulationen und Wahlfälschungen. Jedenfalls liegt er in den Meinungsumfragen seit Monaten mit deutlichem Abstand vorn. Gerade gegen ihn und seinen politischen Ziehvater Kutschma hatte sich das Aufbegehren der Bürger zum Jahresende 2004 gerichtet, weil Janukowitsch und das Kutschma-Establishment zu Recht im Verdacht standen, nicht nur Wahlen zu fälschen, sondern in der Ukraine ein autoritäres System zu errichten, das in Zukunft jeden Machtwechsel von unten grundsätzlich unterbinden würde. Das »System Putin« zeigt, dass es möglich ist, hinter einer demokratischen Fassade ein autoritäres System ohne politisch handlungsfähige Opposition und ohne Machtwechsel durch Wahlen zu etablieren.

Die Ukraine hat vor fünf Jahren mit der Orangen Revolution einen grundsätzlich anderen Weg eingeschlagen. War das eine Sackgasse? Würde die Ukraine unter einem möglichen Präsidenten Janukowitsch innen- und außenpolitisch in das russische Fahrwasser zurückkehren, d. h. zu einem mehr oder weniger ausgeprägten autoritären System im Inneren und außenpolitischer Anlehnung an Russland?

Manche Argumente sprechen für eine solche Annahme. Im Frühjahr 2007 war das Lager der »Blauen« unter dem damaligen Ministerpräsidenten Janukowitsch drauf und dran, sich durch »Zukauf« von Abgeordneten eine Zweidrittelmehrheit im Parlament zu beschaffen, um dann die Verfassung in ihrem Sinn neu zu schreiben. Damit sollte ein Machtwechsel durch Wahlen in Zukunft möglichst verhindert werden. Diese Pläne verteilte Präsident Juschtschenko durch die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen. Was die auswärtige Politik und die Anlehnung an Russland anlangt, so forderte Janukowitsch im Sommer 2008 die ukrainische Regierung auf, Abchasien und Südossetien als unabhängige Staaten anzuerkennen. Bei seiner Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten bezeichnete er die Blockfreiheit als strategisches Ziel und stufte damit die Westintegration zumindest herab.

Andererseits formiert sich in zentralen Fragen ein Konsens, dem sich auch eine Exekutive unter einem

Präsidenten Janukowitsch nicht würde entziehen können. Zu den Konsenselementen gehört die Überzeugung, dass die Ukraine als unabhängiger Staat unantastbar ist. Nur die Wendung nach Westen und die Integration nach Europa können diese Unabhängigkeit sichern, insbesondere vor dem Hintergrund, dass große Teile der politischen Klasse und der Gesellschaft in Russland bis heute die Selbständigkeit und Integrität der Ukraine nicht akzeptieren. Ein anderes Konsenselement besteht in der Einsicht, dass die Ukraine wegen ihrer regionalen Zerklüftung für ihren Fortbestand auf das Aushandeln von Kompromissen, d. h. auf demokratische Verfahren, angewiesen ist, soll nicht der Fortbestand des Staates in Gefahr geraten. Politischer Pluralismus ist in diesem Sinn eine unaufgebbare Voraussetzung für die staatliche Existenz. Dies hat nicht erst die Orange Revolution ans Licht gebracht. Die Versuche Kutschmas, ein autoritäres System zu konsolidieren, blieben auch schon zuvor stecken.

Der demokratische Weg bleibt solange gangbar, wie nicht Kräfte die Macht übernehmen, die Machtwechsel abschaffen und politische Opposition, sei es de facto oder sogar de jure, ausschalten, so dass sie nicht mehr als Alternative in Frage kommt. Das bleibende Verdienst der Orangen Revolution dürfte darin bestehen, für die Zukunft den Fortbestand von politischem Pluralismus gesichert und damit die Chancen für die Etablierung eines autoritären Regimes weiter vermindert zu haben. Auch eine mögliche Präsidentschaft von Janukowitsch wird nur auf dieser Basis erfolgreiche Politik machen können.

Der EU-Beitritt hat wesentlich dazu beigetragen, dass in den westlichen Nachbarländern der Ukraine, insbesondere in Polen und den baltischen Staaten, Demokratie und politischer Pluralismus auf gesicherter Grundlage stehen. Die EU würde einen unschätzbaren Beitrag zur Konsolidierung des demokratischen Weges in der Ukraine leisten, wenn sie dem Land eine Beitrittsperspektive eröffnen würde. Dabei geht niemand davon aus, dass ein solcher Beitritt heute oder morgen erfolgen könnte. Aber Visionen sind wirkmächtige Instrumente und in diesem Sinn sehr real. Und diese Visionen werden von einer deutlichen Mehrheit der Menschen in der Ukraine geteilt.

Welche politischen Veränderungen braucht die Ukraine gegenwärtig am dringendsten?

Von Prof. Dr. Dieter Segert, Professor für Politikwissenschaft an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien

Mit dem Ende der Präsidentschaft von Viktor Juschtschenko scheint auch die Periode der Orangen Revolution endgültig zu enden. Sie ist international als Fortschritt in Richtung mehr Demokratie gedeutet worden. Die entsprechenden Rankings von Freedom House und BTI belegen das. Andreas Umland hat kürzlich gar von einem stabilen Ausbrechen aus dem Pfad einer post-sowjetischen Restauration autoritärer politischer Verhältnisse gesprochen. Im einzelnen gibt es für eine solche Annahme viele Argumente: die Massenmedien sind unabhängiger geworden, die politische Klasse, egal welcher politischen Farbe, akzeptiert die Ergebnisse von Wahlen, der politische Entscheidungsprozess ist nicht mehr von einem Zentrum aus gesteuert. Es herrscht insgesamt mehr politische Pluralität. Aber ist das schon tatsächlich mehr als ein Pluralismus aus Mangel an Alternativen?

Wie nachhaltig verwurzelt ist die ukrainische Demokratie tatsächlich? Hat sich die Demokratie seit 2005 tatsächlich konsolidiert? Gemessen an den Kriterien des Merkelschen Vierebenenmodells kann von demokratischer Konsolidierung wohl nicht wirklich gesprochen werden. Ich kann hier nur einige Punkte skizzieren: Die Verfassung ist in ihren Zuweisungen von Kompetenzen an die Staatsgewalten teilweise widersprüchlich, aber v. a. wird sie im Bedarfsfall durch die machtvollen Akteure ignoriert, wie sich in den vergangenen Jahren wiederholt gezeigt hat, etwa in der Frage der Auflösung des Parlaments 2007 oder im gescheiterten Versuch des Parlaments, die Präsidentenwahlen auf Herbst 2009 vorzuziehen.

Die Parteien sind erfolgreich in der Mobilisierung von Unterstützung bei den Wahlen, aber sie sind als Institutionen nicht unabhängig genug. Es gibt keine ausreichende öffentliche Parteienfinanzierung und zu wenig Transparenz über die sonstigen Geldströme. Parteien organisieren bisher auch zu wenig die Verbindungen zur Wählerschaft, v. a. weil der Prozess der Kandidatenauswahl und der interne Entscheidungsprozess zu sehr auf eine enge Elitengruppe an der Spitze ausgerichtet sind. Die Vetoakteure sind unübersehbar stark. Politische und wirtschaftliche Macht sind zu sehr verflochten (oder zu wenig getrennt). Das zeigt sich schon bei der erwähnten Parteienfinanzierung. Das Problem setzt sich fort mit der immer noch nicht korrigierten zu

breiten Definition der Abgeordnetenimmunität, die weit über den erforderlichen rechtlichen Schutz von Abgeordneten für Handlungen und Entscheidungen innerhalb des Parlaments hinausgeht. Über die vierte Ebene der Herausbildung einer demokratischen Bürgergesellschaft muss hier nicht geredet werden. Allerdings gibt es hier zumindest seit 2005 deutliche Fortschritte.

Die ukrainische Demokratie ist fragil. Vielleicht aber ist gegenwärtig ihre Konsolidierung gar nicht der nächste Schritt einer positiven demokratischen Entwicklung, sondern es bedürfte grundsätzlicherer Reparaturen am Gemeinwesen. Es gibt bisher nämlich keinen Verfassungskonsens in zentralen Fragen der Ausrichtung des Gemeinwesens. Erst wenn dieser gefunden ist, wird es leichter sein, die widersprüchlichen politischen Entscheidungsregeln zu überwinden. Dem ukrainischen Gemeinwesen fehlt nach wie vor ein Konsens in den Grundfragen der politischen Identität. Bisher nutzen die Politiker verschiedener Lager nur die Differenzen, um ihre eigene Macht zu stärken. Mir scheint hier aber vor allem der bisherige Präsident Fehler begangen zu haben. Er hat in seinem Bemühen, die Abgrenzung der Ukraine gegenüber Russland zu betonen, den Bogen überspannt. Seine geschichtspolitischen Initiativen dividieren schon auseinander, wo es erst einmal auf die Festigung einer tragfähigen gemeinsamen Grundlage ankäme.

Lässt sich die Frage, wohin die Ukraine sich geopolitisch ausrichten soll, tatsächlich alternativ entscheiden? Ist für das Land jene Entscheidung entweder für Russland oder für die EU und die NATO, den Westen, wirklich erforderlich? Und wenn es so wäre, solche Grundsatzzfragen eines politischen Gemeinwesens können doch nicht allein durch einen Elitenkompromiss entschieden werden, sondern bedürfen eines breiteren gesellschaftlichen Verständigungsprozesses innerhalb der Bevölkerung der verschiedenen Landesteile. Wie soll der erreicht werden angesichts der gegensätzlichen Überzeugungen von Mehrheiten im Westen oder im Süden und Osten? Jedenfalls lässt sich ein Konsens schwerlich durch Forcierung symbolischer Gegensätze wie dem zwischen Kampf »gegen den Faschismus« und Kampf »gegen den roten Totalitarismus« erreichen.

Möglicherweise wäre eine stärkere Dezentralisierung des Landes, die den verschiedenen regionalen Identi-

täten und Interessen mehr Raum gibt, vielleicht wäre eine föderale Struktur des Landes ein sinnvoller institutioneller Rahmen für diesen Verständigungsprozess. So könnte vielleicht auch eine Regelung im Sprachenstreit um eine oder zwei Staatssprachen gefunden wer-

den, warum sollten in einem föderalen Gemeinwesen nicht zwei Staatssprachen möglich sein? Ob die Präsidentschaftswahlen vom 17. Januar zu diesem Prozess der nationalen Aussöhnung beitragen können, wird man sehen.

Zur Verfassungsordnung ohne Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine und ihren Auswirkungen

Von Dr. Ingmar Bredies, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft (Mittel- und Osteuropa), Universität Regensburg

Im November 2009 jährte sich die Orange Revolution zum fünften Mal. Die Nachhaltigkeit dieses Ereignisses und dessen Einordnung als »demokratischer Durchbruch« für die Ukraine oder gar als »postsowjetischer Scheideweg« – den ein Autor in der Ukraine-Analysen Nr. 65 erkannt haben wollte – müssen aufgrund der politischen Dauerkrise seit 2004 allerdings angezweifelt werden. Zu folgenschwer sind die Erosionserscheinungen, denen sich die politischen Institutionen ausgesetzt sehen und die zunehmend auch eine ernsthafte Bedrohung für die Staatlichkeit der Ukraine darstellen. Diese Entwicklungen entziehen sich dabei größtenteils der Erfassung durch beschönigende Demokratieindizes, die im Zuge der Orangen Revolution gerade im Bereich der politischen und bürgerlichen Freiheiten durchaus unbestreitbare Verbesserungen verzeichnen mögen. Dabei wird jedoch der politische Entwicklungspfad der Ukraine nach den Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 ganz entscheidend davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Verfassungsfrage dauerhaft zu lösen.

Im Wesentlichen ist die gegenwärtige Krisenanfälligkeit auf den Umstand zurückzuführen, dass durch die ukrainische Verfassungsordnung noch immer nicht die grundlegenden Fragen der Staatsorganisation und der institutionellen Konfiguration des Regierungssystems reguliert werden. Die mangelnde Akzeptanz und Relevanz spiegelt sich in den zahlreichen »gesteuerten Reformierungsversuchen« der jeweiligen Regierungsverantwortlichen seit der Verabschiedung der Verfassung 1996 wider. Diese Debatte wird sich auch nach den Präsidentschaftswahlen 2010 unter einem neuen Präsidenten fortsetzen und – vollkommen unabhängig vom Wahlausgang – voraussichtlich weiterhin einen permanenten Konflikttherd bilden. Eine den demokratischen Prinzipien entsprechende Verfassungspolitik wird in postsowjetischen Gesellschaften allgemein und in der Ukraine im Speziellen durch eine Reihe von Faktoren

erschwert: Eine Verfassung wurde zunächst in erster Linie als unablässiges Attribut ukrainischer Eigenstaatlichkeit, weniger als Bekenntnis zu einem neuen Gesellschaftsentwurf betrachtet. Auch daher konnte sich die Judikative, deren Funktion sich während der Sowjetperiode auf die Erbringung formaljuristischer, legitimatorischer »Zulieferdienste« für die politischen Entscheidungsträger beschränkte, seit der Unabhängigkeit nicht dauerhaft von dieser schweren Hypothek für den jungen Rechtsstaat befreien.

Die hierin verwurzelte vollständige Politisierung der Verfassungspolitik im Sinne eines »Spiels mit, statt nach den Regeln« stellt gleichzeitig das entscheidende Wesensmerkmal und Krisensymptom gegenwärtiger ukrainischer Innenpolitik dar. Die Bestimmungen der Verfassung werden von der politischen Elite nur bedingt als handlungsweisend und verbindlich empfunden. Auch nach dem vermeintlichen »demokratischen Durchbruch« der Orangen Revolution verfügt die Ukraine lediglich über eine Verfassung ohne Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit. Ist die Umsetzung dieser beiden Prinzipien auch ohne eine Verfassung durchaus denkbar und praktikabel, so gerät eine Verfassung ohne Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit zwangsläufig zur »Maskerade«. Ohne das glaubhafte Bekenntnis zur Selbstbeschränkung und Selbstbindung des Staates und seiner Kerninstitutionen (Rechtsstaatlichkeit) sowie ohne die Normativität und Vorrangstellung des Verfassungsinhalts und die einer unabhängigen Verfassungsgerichtsbarkeit zugewiesene Kontrollfunktion über die Einhaltung der Verfassungsbestimmungen (Verfassungsstaatlichkeit) ist ein solches Dokument sinnentleert.

An diesem grundsätzlichen Missstand ändern auch die gegenwärtigen Bemühungen der zentralen politischen Akteure um eine dringend erforderliche Verfassungsrevision kaum etwas. Sie bestätigen vielmehr die besonderen Problemlagen von Verfassungspolitik und die Logik des Verfassungskonflikts in der Ukraine:

Zunächst stellt sich auch bei künftigen Verfassungsänderungen die Frage nach der Legitimation verfassunggebender Gewalt. Entsprechende Expertengremien und Kommissionen, die bisher – so zuletzt auf Initiative Viktor Juschtschenkos – mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verfassungsreform betraut worden sind, sehen sich umgehend dem Vorwurf der Parteilichkeit ausgesetzt. Dem aufgrund zahlreicher Skandale und Korruptionsvorwürfe völlig diskreditierten Gerichts- und Justizwesen ist mittelfristig die Rolle eines allseits akzeptierten unparteiischen Mediatoren in der Verfassungsfrage nicht zuzutrauen. Auch der Versuch, über Referenda die Bevölkerung in den Prozess der Verfassungsgebung einzubeziehen, wie Julia Timoschenko dies bereits mehrfach angedeutet hat, lässt nichts Gutes erwarten. Darüber hinaus stoßen Reforminitiativen externer Expertengruppen und internationaler Organisationen im Rahmen der Förderung von Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit in den letzten Jahren auf immer größeren Widerstand.

Zudem sind die Präferenzen der zentralen politischen Akteure in der Ukraine selbst, so z. B. hinsichtlich »parlamentarischer« oder »(semi-)präsidentieller« Modelle des Regierungssystems, höchst diffus, wandelbar und hängen von situativen Konstellationen und kurzfristigem strategischen Kalkül ab. Im Übrigen sind die häufig bemühten Zuordnungsversuche des ukrainischen Regierungssystems zu derartigen Kategorien unter Berücksichtigung einer Verfassung mit zumindest stark eingeschränkter Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit fragwürdig, da der politischen Elite noch immer zahlreiche Möglichkeiten gegeben sind, die Funktionslogik der mit der Verfassung etablierten, institutionellen Konfiguration zu umgehen, umzudeuten oder auch auszuset-

zen. Dieses »Privileg« können jedoch gegenwärtig mehrere politische Akteure und Gruppen in Anspruch nehmen. Eben diese Pluralität und institutionelle »Nischenbildung« durch verschiedene, etwa gleich starke Gruppierungen mit einer gewissen Vetomacht innerhalb des politischen Raums der Ukraine machen gegenwärtig den Unterschied zum Vorgängerregime unter der Präsidentschaft Leonid Kutschmas aus. Mit Hinblick auf die Gestaltung von Verfassungspolitik – aber auch andere Bereiche – ist damit zwar die einseitige Usurpierung von Befugnissen und Zuständigkeiten unmöglich, doch hat diese Konstellation unglücklicherweise bisher auch keine funktionstaugliche Verfassungsordnung hervor gebracht.

Die besondere Tragik der Orangen Revolution als vermeintliche Zäsur im postsowjetischen Raum könnte nunmehr darin bestehen, dass sie sowohl mit Hinblick auf die politischen Eliten als auch große Bevölkerungsteile wegen der innenpolitischen Dauerkrise in der Ukraine eher als Abschreckungsbeispiel denn als Modell zur Nachahmung aufgefasst wird. Gerade die mit der »Verfassungsreform« 2004 eingeleitete »Parlamentarisierung« des Regierungssystems und die graduelle Pluralisierung gesellschaftlicher Strukturen sind somit völlig unerwartet und paradoxerweise zum Sinnbild für die Aufgabe demokratischer Errungenschaften und die Zersetzung der Eigenstaatlichkeit der Ukraine geworden. Es bleibt abzuwarten, ob im Zuge der Präsidentschaftswahlen 2010 – unabhängig von ihrem Ausgang – ein hoffentlich länger währender Impuls generiert werden kann, der diesen bedenklichen Entwicklungen durch eine von allen politischen Kräften getragenen und akzeptierten Verfassungsrevision Einhalt gewährt.

Noch eine Aufgabe für die neue Staatsführung: Neuordnung der innerstaatlichen Verwaltungs- und Finanzstruktur

Von Matthias Morgner, Experte und Berater im Bereich Verwaltungsreform in der Ukraine und Russland, Berlin

Eine der zahlreichen Aufgaben die vom neuen ukrainischen Staatsoberhaupt in Zusammenarbeit mit dem dann wahrscheinlich auch neuen Regierungschef zu lösen sein wird, betrifft Aufbau und Struktur der Verwaltungsebenen unterhalb der nationalstaatlichen Ebene, einschließlich des Verfahrens der Festlegung der öffentlichen Haushalte der Städte und Gemeinden.

Der momentane Zustand der staatlichen Verwaltung auf Oblast- und Rayonebene sowie der lokalen Selbstverwaltung wurde in den Ukraine-Analysen Nr.

59 ausführlicher beschrieben. Vorschläge, einschließlich detaillierter Konzepte, für eine Reform des innerstaatlichen Verwaltungsaufbaus wurden in den letzten Jahren vom Ministerium für Regionalentwicklung und Bauwesen entworfen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese Konzepte sehen eine Verringerung der Zahl der Verwaltungseinheiten auf der untersten Ebene vor. Eine daraus resultierende größere durchschnittliche Einwohnerzahl pro Verwaltungseinheit soll die organisatorische und finanzielle Basis der lokalen Verwaltung stär-

ken und es der lokalen Selbstverwaltung ermöglichen, ihre Aufgaben besser wahrzunehmen.

Ein formaler Schritt zur Reform wurde am 29. Juli 2009 getan, als die Regierung ein Konzept zur Reform der lokalen Selbstverwaltung beschlossen hat. Dieses Dokument beschränkt sich allerdings auf die Formulierung der Reformziele. Konkrete Durchführungsbestimmungen für die territorialen Aspekte der Verwaltungsgrenzen finden sich dort noch nicht. In anderen Fragen wie der Zuweisung öffentlichen Eigentums, enthält das Dokument bereits recht konkrete Angaben - so soll in Zukunft zum Beispiel das Prinzip gelten, dass alle materiellen Grundlagen für die Erfüllung einer Aufgabe einer Verwaltungseinheit sich auch im Besitz dieser Verwaltungseinheit befinden sollen. Bisher war dies, vor allem für Grund und Boden, oft nicht der Fall.

Mit der Annahme des Reformkonzeptes ist das Regionalentwicklungsministerium offiziell beauftragt, die entsprechenden Durchführungsbestimmungen zu erarbeiten. Das Ministerium hat diese Pläne im Wesentlichen nicht nur bereits vorbereitet, sondern auch landesweit mit den Regionalverwaltungen beraten. Durch die formale Inkraftsetzung des Konzeptes, so die Hoffnung der Unterstützer einer solchen Reform, ist das Thema nun auch fest auf der Regierungsgagende verankert und kann im kommenden Jahr dann auch den politischen Auftrag durch Parlament und Präsident erhalten.

Die geplanten Reformen werden allerdings nichts an den fundamentalen Prinzipien des ukrainischen Einheitsstaates ändern. Die Verwaltung der Oblaste und Rayone soll weiter Teil der staatlichen Verwaltung bleiben und die auf diesen beiden Ebenen existierenden unabhängigen Interessensvertretungen (Räte) werden damit auch in Zukunft ohne substantielle Organe zur Durchsetzung ihrer Entscheidungen bleiben. Die Anzahl und Grenzen der Oblaste steht nicht zur Diskussion, die Zahl der Rayone dagegen soll, ebenso wie die Zahl der Kommunen, verringert werden.

Die Auswirkungen der andauernden Blockade zwischen Präsident und Regierung auf die lokale Verwaltung ließen sich in diesem Jahr gut am Beispiel der öffentlichen Finanzen der lokalen Ebene beobachten. Bisher wurde der allergrößte Teil der lokalen Haushalte den Kommunen über die Hierarchie der staatlichen Verwaltung, das heißt unter Mitwirkung der Oblast- und Rayonebene, aus dem Staatsbudget zugewiesen. Da die staatliche Gebietsverwaltung (auf Oblast- und

Rayonebene) in vielen Fällen von formal kommunaler Entscheidungsgewalt auch die Durchführung kontrolliert, ist die in der Verfassung garantierte Unabhängigkeit der lokalen Selbstverwaltung durch diese Praxis weitgehend eingeschränkt. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko hat auf einer Versammlung mit einigen hundert Bürgermeistern vor allem kleiner Kommunen aus dem ländlichen Raum im Sommer 2009 nun verkündet, dass die Zuordnung einiger Steuern (u.a. der Einkommensteuer) zu den Haushalten zugunsten der lokalen Verwaltung geändert werden soll und dass die kommunalen Haushalte für 2010 dem Finanzministerium in Kiew direkt erstellt würden. Für die Bürgermeister würde das einen größeren Handlungsspielraum, sowie schnellere und direktere Entscheidungen über die ihnen im kommenden Jahr zur Verfügung stehenden Mittel bedeuten.

Entsprechende Veränderungen wurden im Haushaltsrahmengesetz (»Budget Code«) verankert und vom Parlament verabschiedet, von Präsident Viktor Juschtschenko aber mit einem Veto belegt. Die Haushalte für 2010 für die ca 11.000 Einheiten der kommunalen Verwaltung wurden dessenungeachtet im Finanzministerium ausgearbeitet, und die Mittelzuweisung unter anderem davon abhängig gemacht, dass sich Kommunen mit weniger als 500 Einwohnern mit Nachbargemeinden zusammenschließen. Im Gegensatz zur vorgesehenen neuen Struktur der Zuordnung von Steuereinnahmen an die Verwaltungsebenen wurde zur Ermittlung der jeweiligen Haushalte allerdings weiterhin der bisherige Verteilungsschlüssel zugrundegelegt der auf weitgehend statisch festgelegten Standards (»normativ«) basiert. Die Gestaltung der kommunalen Haushalte für 2010 kann daher nur eine Notlösung gewesen sein.

Da eine Reform der administrativ-territorialen Ordnung des Landes nur dann wirkungsvoll sein kann, wenn auch die entsprechenden Finanzbeziehungen neu geregelt werden, ist es umso wichtiger, dass der Haushaltsprozess nicht länger zu einem weiteren Spielball der Interessen zwischen den Akteuren Juschtschenko und Timoschenko wird. Weiterhin bleibt zu hoffen, dass die Unterstützung von Julia Timoschenko für die Belange der kommunalen Selbstverwaltung mehr war als nur der Versuch, sich auf diese Weise eine breite Unterstützerschicht für die Präsidentschaftswahlen zu sichern.

Die außenpolitische Perspektive

Die Ukraine bleibt ein großes Sorgenkind der internationalen Gemeinschaft

Von Alexander Rahr, Programmdirektor Russland/Eurasien, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin

Die Ukraine wird auch im Jahr 2010 ein großes Sorgenkind der internationalen Gemeinschaft bleiben. Offensichtlich ist die Ukraine alleine wirtschaftlich nicht mehr lebensfähig. Ein Staatsbankrott konnte bislang nur dadurch vermieden werden, dass Russland bei den Gasverhandlungen ein Zugeständnis nach dem anderen machte, und der Westen das Land mit einer 16 Mrd. US-Dollar IWF-Spritze unterstützte. Doch die Ukraine geriet dadurch in eine gefährliche doppelte Abhängigkeit, aus der sie in den nächsten Monaten schwer herauskommen wird. Die Ukraine wird auch im Jahre 2010 auf ausländische Unterstützung angewiesen bleiben, über kurz oder lang muss Kiew auch eine grundsätzliche Entscheidung über die Modernisierung des ukrainischen Gasleitungssystems treffen, das noch aus der Zeit der Sowjetunion stammt. Aus eigener Kraft wird die Ukraine das Pipelinennetzwerk und die dazu gehörenden Gasspeicher nicht restaurieren können. Sie wird auch hier entscheiden müssen, ob sie die technologische Modernisierung nur mit der EU angeht, oder die russische Idee von einem trilateralen Konsortium Ukraine-Russland-EU annimmt.

Entscheidend für die politische Ausrichtung der Ukraine werden natürlich die Präsidentschaftswahlen zu Beginn des Jahres sein. Sollte Viktor Juschtschenko wider Erwarten doch noch gewinnen, würde sein Land in eine noch gefährlichere Phase von inneren Machtkämpfen und permanenten Konflikten mit Russland eintreten. Juschtschenkos Politik des ständigen Schlüpfens in eine »Opferrolle« hat sich auch gegenüber dem Westen aufgebraucht. Die EU kann den Juschtschenko-Ansatz »Nehmt die Ukraine in die EU und NATO auf und wir werden uns danach reformieren« nicht mehr akzeptieren. Sie verlangt von der Ukraine mehr Anstrengungen für innere politische und wirtschaftliche Reformen, vor allem einen überzeugteren Kampf gegen die Korruption.

Die Präsidentschaftswahlen werden aller Voraussicht nach zwischen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und dem gegenwärtigen Oppositionsführer und Vertreter der Ostukraine, Viktor Janukowitsch, entscheiden werden. Beide treten für eine Verbesserung des Verhältnisses zu Russland auf, aber nicht auf Kosten der Westintegration ihres Landes. Janukowitsch möchte sogar so weit gehen, die von Russland im Georgienkrieg annektierten Republiken Abchasien und Süd-Ossetien anzu-

erkennen. Timoschenko, die es offensichtlich geschafft hat mit dem russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin ein enges, freundschaftliches Verhältnis aufzubauen, wird die ukrainische Wirtschaft sicherlich wieder Richtung russischen Markt ausrichten. Sowohl Timoschenko als auch Janukowitsch werden offiziell auf einen baldigen Beitritt ihres Landes zur NATO verzichten und damit das größte Störpotenzial in den Beziehungen mit Moskau neutralisieren. Beide Politiker könnten sich auch in den anstehenden Verhandlungen über einen möglichen Verbleib der russischen Schwarzmeerflotte in der Marinebasis in Sewastopol konzilianter als Juschtschenko zeigen. Timoschenko und Janukowitsch werden aller Wahrscheinlichkeit nach Gazprom einladen, zusammen mit westlichen Energiekonzernen einem Gaskonsortium zur Renovierung des ukrainischen Gasleitungssystems beizutreten.

Die EU und die USA stecken in ihrer Ukraine-Politik in einem Dilemma. Sie wollen auf keinen Fall, dass die zweitgrößte Nachfolgerepublik der untergegangenen Sowjetunion wieder ganz oder teilweise unter russische Kontrolle gerät. Dafür ist der Westen bereit, der Ukraine in allen wirtschaftlichen Problemlagen beizustehen. Eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU und NATO sind allerdings für die nächsten 10 Jahre völlig illusorisch. Für einen solchen Schritt gibt es im Westen keinen politischen Willen, keinen Konsens und vor allem kein Geld. Andererseits verzichten die EU und die gegenwärtige US-Administration auf jegliche Versuche, die Ukraine als eine Art Pufferstaat gegen Russland aufzubauen, wie es manche neuen Mitgliedsländer der NATO aus Osteuropa fordern. Der ideale Ansatz wäre ein breiter Dialog – ganz im Sinne der von Dmitri Medwedew vorgeschlagenen Idee eines gemeinsamen euroatlantischen Raumes – zwischen Russland, den westlichen GUS-Staaten und der EU über die Zusammenarbeit zwischen NATO, der EU, aber auch Russland, den Mitgliedsstaaten des kollektiven Sicherheitspaktes der GUS (ODKB) und der allen diesen Organisationen nicht angehörenden Ukraine. Außer Juschtschenko, stehen alle ukrainischen Präsidentschaftskandidaten diesem Anliegen positiv gegenüber.

Was sollte die Bundesregierung in Bezug auf die Situation in der Ukraine beherzigen? Zunächst sollte Deutschland weiterhin Interesse an der Ukraine als einem Schlüssel-land im Zwischeneuropa zeigen. Man

darf die Ukraine allerdings nicht mehr nach den Maßstäben der orangen Revolution von 2004 messen. Diese Revolution hatte für die Ukraine nicht die gleiche Bedeutung wie die sanften Revolutionen der Jahre 1989/90 für Mittelosteuropa, denn die orange Revolution wurde nur von einer Hälfte der (West)Ukrainer mitgetragen und brachte für das Land nicht die erhofften Veränderungen. Gegenüber der Ukraine muss Deutschland, wie auch im Umgang mit Russland und

Belarus, von anderen historischen Voraussetzungen ausgehen und auf eine Partnerschaft der Geduld setzen. Und wenn schließlich Janukowitsch, der »Bösewicht« aus den Tagen der orangen Revolution zum demokratisch und frei gewählten neuen Staatschef in der Ukraine gekürt werden würde, müsste der Westen auch diesen komplizierten und oft schwer nachzuvollziehenden Realitäten Rechnung tragen.

Perspektiven der Außen- und Sicherheitspolitik der Ukraine

Von Dr. Martin Malek, (ziviler) Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie, Wien

Der Historiker Jaroslaw Hrytsak aus L'viv meinte in einem Interview am 24.11.2009: »Ich sehe wenige andere Beispiele in der Geschichte, dass eine Führungsfigur die ihm gegebenen Möglichkeiten derart verplempert hat wie [Viktor] Juschtschenko.« So hat der seit Anfang 2005 amtierende Präsident nicht einmal versucht, hinter das »Geheimnis« des in wenigen Jahren aufgehäuften sagenhaften Reichtums ostukrainischer Oligarchen zu kommen. Das wäre auch und gerade vor dem Hintergrund des Umstandes bedeutend gewesen, dass Viktor Janukowitschs Partei der Regionen ohne die Mittel des Milliardärs Rinat Achmetow vermutlich auf eine lokale Rolle in Donezk beschränkt geblieben wäre. Die Korruption wuchert im Land wie eh und je, vielen staatlichen Institutionen mangelt es an Effektivität, und nicht einmal der Dioxinanschlag auf den damaligen Präsidentschaftskandidaten Juschtschenko Anfang September 2004 wurde voll aufgeklärt (u. a. deswegen, weil die meisten Verdächtigen längst nach Russland ausgewandert sind). Auch das bekannte Hauptproblem der postsowjetischen Ukraine, nämlich die politische, kulturelle, sprachliche, konfessionelle usw. Ost-West-Spaltung, die sich in ausnahmslos allen Urnengängen seit dem Zerfall der UdSSR Ende 1991 niederschlug, existiert unvermindert.

Die Präsidentenwahl, deren erster Durchgang am 17. Januar 2010 stattfinden wird, dürfte eine zentrale Richtungsentscheidung möglicherweise nicht nur für die unmittelbar bevorstehenden Jahre, sondern für die gesamte folgende postsowjetische Entwicklung der Ukraine bedeuten. Alles andere als eine Stichwahl zwischen der amtierenden Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und Ex-Ministerpräsident Viktor Janukowitsch wäre eine große Überraschung; und hier hat Janukowitsch als ausgesprochener Vertreter der bevölkerungs-

reichen und fast ausschließlich russischsprachigen Ostukraine die klar besseren Chancen.

Die Konturen einer zukünftigen Außen- und Sicherheitspolitik zeichnen sich bei Janukowitsch viel klarer ab als bei Timoschenko, die diesen Bereich nicht zufällig immer stiefmütterlich behandelt hat: Sie ist mit ihm offenkundig wenig vertraut. In ihrem Wahlprogramm spricht sie sich für eine Mitgliedschaft in der EU, eine Berufsarmee und einen Beitritt zu »irgendwelchen kollektiven Sicherheitssystemen« (gemeint: Militärbündnissen) nur auf der Grundlage einer Volksabstimmung aus.

Janukowitschs Wahlprogramm erwähnt eine »strategische Partnerschaft« u. a. mit der EU, aber keine Mitgliedschaft; er hat eine solche aber in Interviews ins Spiel gebracht. Allerdings erhebt er gleichzeitig mit einem Beitritt der Ukraine zum bisher von Russland, Belarus und Kasachstan angestrebten »einheitlichen Wirtschaftsraum« eine Forderung, welche das Ziel einer EU-Mitgliedschaft klar konterkariert, denn ein Land kann schlecht Mitglied zweier Zollunionen zugleich sein.

Ein Präsident Janukowitsch dürfte sich in allen relevanten Fragen von Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik sowie der Beurteilung von Schlüsselereignissen der »gemeinsamen Geschichte« (wie den Holodomor) stark an Moskau anlehnen. Das impliziert natürlich einen Abbruch von Juschtschenkos Pro-NATO-Kurs. Das käme der Allianz zweifellos gelegen, bestand doch immer eine – wenngleich natürlich unausgesprochene – Interessenkongruenz mit Janukowitsch: Die NATO will Russland durch einen verbindlichen, definitiv zur Mitgliedschaft führenden Zeitplan für die Ukraine nicht noch weiter »reizen«, und Janukowitsch teilt ohnedies weitgehend die russischen – d. h. scharf ablehnenden – Einschätzungen über die NATO. Ein Präsident Janukowitsch könnte sich dieser Frage ganz

einfach entledigen, indem er ein Referendum über einen NATO-Beitritt abhalten lässt, denn er würde es ohne jede Manipulationen gewinnen: In den vielen Jahren, in denen die ukrainische Meinungsforschung diese Frage behandelt, hat noch nie ein seriöses Institut eine Mehrheit an NATO-Befürwortern festgestellt; meistens sind in etwa zwei Drittel der Befragten vehement gegen die Allianz.

Janukowitsch spricht sich in seinem Wahlprogramm zwar für einen blockfreien Status der Ukraine aus, könnte aber als Präsident in weiterer Folge – und zwar gerade unter Berufung auf die »Volksmeinung« – einem außerhalb der GUS kaum bekannten Militärbündnis mit Beistandspflicht beitreten wollen, nämlich der »Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit«: Angeblich unterstützen über 40 % der Befragten einen Anschluss der Ukraine an diese von Moskau stark forcierte und dominierte Vereinigung, die in der Politik und den Medien Russlands immer wieder als »Anti-NATO« firmiert. Janukowitsch würde vermutlich die russische Schwarzmeerflotte über 2017 hinaus auf der Krim belassen, die Juschtschenko zum Unwillen Moskaus noch loswerden wollte: In der Partei der Regionen sind viele überzeugt, dass »die Schwarzmeerflotte auch die Ukraine schützt«. Es ist nicht einmal auszuschließen,

dass ein Präsident Janukowitsch, dem eine »Einheit der ostslawischen Völker« immer teuer war, die Ukraine in den bisher aus Russland und Belarus bestehenden »Unionsstaat« zu führen versucht.

Janukowitsch und seine Partei hatten gegen die russische Militärintervention gegen Georgien, die Moskauer Anerkennung der winzigen separatistischen Provinzen Abchasien und Südossetien als »unabhängige Staaten« und die daraus resultierende gewaltsame und wohl endgültige Zerschlagung der territorialen Integrität Georgiens im August 2008 nichts einzuwenden gehabt – im Gegenteil: Janukowitsch verlangte eine »Anerkennung« Abchasiens und Südossetiens durch die Ukraine (offenbar, ohne mögliche Folgen für die Krim zu bedenken, wo einflussreiche prorussische Kräfte seit vielen Jahren die Loslösung von der Ukraine verlangen), und die Partei der Regionen interessierte sich massiv, u. a. auf parlamentarischer Ebene, für angebliche oder tatsächliche Waffenlieferungen der Ukraine an Georgien, die dessen »Aggression gegen Südossetien« ermöglicht oder jedenfalls erleichtert hätten. Diese Stoßrichtung lag voll und ganz auf der russischen Linie, Juschtschenko wegen dessen politischer und persönlichen Nähe zum georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili unter Druck zu setzen.

Die Eigeninteressen der ukrainischen Elite: Bremse für die Entwicklung des Landes

Von Dr. Susan Stewart, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Russland/GUS an der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Die größte Herausforderung für die Ukraine in den kommenden Jahren wird es sein, ihre Elite zu zwingen, nationale Interessen zu formulieren und zu verfolgen. Die ukrainische politische und wirtschaftliche Elite ist kein Monolith. Dennoch hat sie eines gemeinsam: Ihre Mitglieder verfolgen jeweils einen engen Kreis von privaten oder korporativen Interessen. Diese Tatsache hat verheerende Folgen für die Innen- und Außenpolitik des Landes sowie für das Verhältnis der Gesellschaft zur Elite. Wenn es nicht gelingt, das Verhalten der Elite zu ändern, wird die Ukraine ihre zahlreichen Probleme nicht effektiv angehen können.

Die engen Eliteninteressen verhindern die Entwicklung und Durchführung einer kohärenten Reformpolitik, die in vielen Bereichen notwendig wäre. Weil jeder Vertreter der Elite spezifische Interessen hat, die sich meistens in einigen wenigen Wirtschaftssektoren oder politischen Bereichen konzentrieren, werden Reformen

nur partiell und sporadisch unterstützt. Da die Loyalitäten der Elite oft wechselhaft sind, kann die Unterstützung einer Gruppierung oder Partei für eine bestimmte Reform auch leicht wegfallen. Dies weist auf ein größeres Problem hin: die Kurzsichtigkeit der meisten politischen und wirtschaftlichen Akteure. Sie verhindert die Entstehung einer langfristigen Vision für die innenpolitische Entwicklung der Ukraine.

Das Verhalten der ukrainischen Elite hat auch Folgen für die Außenpolitik des Landes. Erstens wird die Außenpolitik oft zu einem Spielball der eng definierten Interessen der unterschiedlichen Gruppierungen in ihrem Kampf miteinander um Einfluss. Dadurch entstehen zweitens oft konkurrierende Positionen in außenpolitischen Fragen, die widersprüchliche Signale an die Außenwelt senden. Dies schadet dem Image der Ukraine auf dem internationalen Parkett. Sicherlich gibt es auch inhaltlich unterschiedliche Einstellungen

zur außenpolitischen Orientierung, die sich nicht nur von der jeweiligen engen Interessenlage eines Akteurs bzw. einer Gruppierung ableiten lassen. Dennoch werden außenpolitische Positionen durch den innenpolitischen Kampf stärker polarisiert. Auch in diesem Bereich verhindert das Vorgehen der Elite das Zustandekommen einer kohärenten Politik, die das Potential für eine breite Unterstützung und eine zügige und effektive Implementierung in der fragmentierten ukrainischen Bürokratie haben könnte.

Durch das von Eigeninteresse geleitete Verhalten der Elite wird die Kluft zwischen ihr und der ukrainischen Gesellschaft immer größer. Das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Führung ist seit der Orangen Revolution wieder gesunken. Während eine kleine Minderheit in Organisationen der ukrainischen Zivilgesellschaft versucht, selbst gesellschaftliche Probleme zu lösen bzw. die Elite für ihre Entscheidungen verantwortlich zu machen, ist die Mehrheit davon überzeugt, dass sie keinen wirksamen Einfluss auf die Handlungen der Elite haben kann. Hinzu kommt, dass der Mittelstand nicht unbedingt an weiter gehenden Reformen interessiert ist, sondern dazu neigt, wirtschaftliche Angelegenheiten durch Kontakte in den Behörden zu regeln statt auf langfristigen Änderungen zu bestehen. Da die Elite ihr Vertrauenskapital bei der Bevölkerung verspielt hat, wird es in Zukunft schwierig, die Massen für Reformvorschläge zu begeistern und sie in deren Umsetzung einzubeziehen.

Was tun? Es ist sehr wahrscheinlich, dass entweder Julia Timoschenko oder Viktor Janukowitsch die Präsidentschaftswahl Anfang 2010 gewinnt. Da beide fest

in die bestehenden Elitestrukturen eingebettet sind, gibt es wenig Hoffnung darauf, dass eine Selbsterneuerung der Elite stattfindet. Deswegen wird sowohl gesellschaftlicher als auch internationaler Druck eine notwendige Voraussetzung für eine Verhaltensänderung der ukrainischen Elite sein. In der Gesellschaft bedeutet dies, auf allen administrativen Ebenen gegen Fehlverhalten von Politikern und Bürokraten zu protestieren. Dies heißt nicht unbedingt die Organisation von großen Demonstrationen. Kleine Proteste auf lokaler Ebene, um z. B. einen Park beizubehalten oder einen Spielplatz bauen zu lassen, können ebenso wichtig sein und im Erfolgsfall Präzedenzcharakter haben, der anderen Mut macht, sich ähnlich zu verhalten.

Auf internationaler Ebene bedeutet ein solcher Druck, auf der Einhaltung von Regeln zu bestehen (z. B. bei der Gewährung von IWF-Krediten) und sorgfältig auf die Umsetzung von Absprachen zu achten. Besonders wichtig ist es, Mechanismen zum Monitoring der Umsetzungsmaßnahmen in die Absprachen einzubauen und Folgen einer eventuellen unzureichenden Implementierung festzulegen. Im besten Fall könnte eine Doppelstrategie zustande kommen, bei der sowohl externe Akteure als auch die ukrainische Gesellschaft an einem Strang ziehen. Dies würde den zusätzlichen positiven Effekt erzeugen, dass die Gesellschaft erstens mehr Vertrauen in die Absichten internationaler Akteure gewinnen und zweitens moralische Unterstützung für ihr eigenes Protestverhalten erhalten würde. Durch diesen sich gegenseitig verstärkenden internen und externen Druck könnte eine Veränderung im eigennützigen Verhalten der ukrainischen Elite erreicht werden.

Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der EU und Umsetzung der Assoziierungsagenda

Von Anne Wetzel, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Luzern und Doktorandin an der ETH Zürich

Eine wichtige europapolitische Herausforderung für die Ukraine im Jahr 2010 ist der Abschluss der Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen mit der EU sowie die Umsetzung der Assoziierungsagenda. Seit dem 5. März 2007 verhandeln die EU und die Ukraine über ein neues Abkommen, welches das bisherige Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (1994/1998) ersetzen soll. Wie auf dem Pariser EU-Ukraine-Gipfel im September 2008 beschlossen, wird dieses Abkommen ein Assoziierungsabkommen sein. Es umfasst auch die Errichtung einer Freihandelszone mit der EU. Die

Verhandlungen dazu wurden begonnen, nachdem die Ukraine im Mai 2008 der WTO beigetreten war.

Inzwischen sind die Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen erheblich fortgeschritten, diejenigen zur Freihandelszone gestalten sich jedoch langwieriger. Ein genauer Zeitpunkt für den Verhandlungsabschluss steht bisher noch nicht fest. Auf der Pressekonferenz des 13. EU-Ukraine-Gipfels vom 4. Dezember 2009 drückte Kommissionspräsident José Manuel Barroso jedoch die Hoffnung aus, dass die Verhandlungen zu allen Aspekten des Abkommens 2010 abgeschlossen

werden können. Laut dem ukrainischen Außenminister Petro Poroschenko strebt die Ukraine den Abschluss der Verhandlungsgespräche zur Freihandelszone im September 2010 an. Selbst bei einer Vertragsunterzeichnung im nächsten Jahr muss jedoch bedacht werden, dass es aufgrund der Ratifikationsprozeduren noch einige Jahre dauern kann, bis das Abkommen in Kraft tritt.

Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum Assoziierungsabkommen wurde jedoch bereits passiert. Am 16. Juni dieses Jahres wurde zur Vorbereitung und späteren Unterstützung der Durchführung des Assoziierungsabkommens die so genannte Assoziierungsagenda vom 13. Kooperationsrat EU-Ukraine angenommen. Dieses Instrument tritt an die Stelle des Aktionsplanes der Europäischen Nachbarschaftspolitik und bildet laut dem Rat der EU die Grundlage für eine stärkere politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration der Ukraine mit der EU. Ähnlich dem Aktionsplan beinhaltet die Agenda neben Punkten wie dem Politischen Dialog und Kooperation im Bereich Justiz, Freiheit und Sicherheit eine Auflistung von Prioritäten in verschiedenen Politikfeldern wie Umwelt, Transport, Wettbe-

werb oder Soziales. Es ist vorgesehen, dass ein gemeinsames Komitee die Fortschritte bei der Implementierung der Agenda überwacht.

Mitte September fanden in der Ukraine bereits erste durch die EU geförderte Weiterbildungen zum Thema *Measures development to implement Ukraine-EU Association Agenda* für Vertreter von Ministerien und Agenturen statt. Die Herausforderung für die Ukraine ist nun, zentrale Punkte der Assoziierungsagenda im Jahr 2010 umzusetzen. Im Moment habe die EU den Eindruck, dass den ukrainischen Reformversprechen nicht immer Taten folgen, erklärte Barroso auf dem diesjährigen Gipfeltreffen und wies auf die Notwendigkeit weiterer Reformen hin. Das nächste Jahr wird somit ein wichtiges für die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU sein.

[Die Autorin beschäftigt sich im Rahmen des Forschungsprojektes »Promoting Democracy in the EU's Neighbourhood« mit den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine. Die Autorin dankt dem Schweizerischen Nationalfonds für die finanzielle Unterstützung.]

Die wirtschaftliche Perspektive

In der Schuldengrube

Von Kateryna Malyhina, Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und freie Mitarbeiterin der Ukraine-Analysen, Bremen

Wie erwartet (siehe Ukraine-Analysen Nr. 46 und 47), konnte die »harte Landung« der ukrainischen Wirtschaft in diesem Jahr nicht vermieden werden. Unter den GUS-Staaten hat die Ukraine den größten Rückgang der industriellen Produktion und die höchste Inflationsrate. Keiner der makroökonomischen Indikatoren des Haushaltsplans 2009 wurde bestätigt. So hatte z. B. die Regierung für dieses Jahr ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,4 % prognostiziert, stattdessen wird die Ukraine in diesem Jahr einen Einbruch von etwa 15 % verzeichnen. Selbst unter den Bedingungen einer raschen Erholung und stetigen Wachstums wird die Ukraine mindestens drei Jahre brauchen, um wieder auf den Wirtschaftsstand vor der Krise zu kommen.

Für 2010 rechnet das Finanzministerium mit Wirtschaftswachstum von 3 %. Nach dem Einbruch eines Rezessionsjahr wird die Statistik im kommenden Jahr natürlich viel hübscher aussehen. Es stellt sich nur die

Frage, ob die ukrainische Wirtschaft tatsächlich wieder wächst. Im Jahr 2010 sind etwa 3 Mrd. US-Dollar Staatsschulden zurückzuzahlen (zusammen mit den anstehenden Schuldenzahlungen des privaten Sektors fast 25 Mrd. US-Dollar), was den Geldfluss in die Wirtschaft hemmen wird. Darüber hinaus werden die erhöhten Zahlungen für russische Erdgaslieferungen die Wirtschaftslage weiter zuspitzen: So werden wohl im Jahr 2010 rund 9,5 Mrd. US-Dollar im Vergleich zu 7,7 Mrd. US-Dollar im Jahre 2009 an Russland zu überweisen sein. Schließlich hat die Ukraine trotz der entsprechenden Forderung des IWF die Gaspreise für die Bevölkerung in diesem Jahr nicht erhöht. Deswegen wird die Subventionierung des Gasverbrauchs der privaten Haushalte nach Schätzungen der Präsidentsverwaltung den Staatshaushalt 2010 um weiteren 1,3 Mrd. US-Dollar belasten.

Finanzielle Ressourcen für die Wirtschaft wird es – zumindest ohne Anhäufung eines weiteren Schulden-

berges – im kommenden Jahr ebenso wenig geben wie in diesem. Im Jahre 2009 beträgt das Investitionsvolumen in die Ukraine knapp 4 Mrd. US-Dollar, im Vergleich zu ca. 8 Mrd. Dollar im Jahre 2008. Abzüglich der Kapitalabflüsse und Kursdifferenzen verbleiben 2009 sogar nur noch etwa 2 Mrd. US-Dollar. Aus mehreren Gründen sind sehr geringe Investitionen auch im kommenden Jahr zu erwarten. Zum einen führte die Aussetzung der Zusammenarbeit mit dem IWF schon zu einem Rückgang des internationalen Kreditratings der Ukraine und sendete ein negatives Signal an die Investoren. Zum anderen bestätigte der Privatisierungsskandal um das Chemiewerk »Odessa Hafenbetrieb« im September 2009 einmal wieder das niedrige Niveau des Schutzes von Eigentumsrechten in der Ukraine. In jedem Fall sollte die Verbesserung des Investitionsklima eine der Prioritäten für den neuen Präsidenten und sein Team werden. Leider ist dies ausgehend von ihren Wahlprogrammen weder für Timoschenko noch für Janukowitsch vorrangig.

Im zweiten Jahr in Folge versucht die Regierung verborglich, größere Einnahmen aus der Privatisierung zu erzielen. Im laufenden Jahr wurde weniger als 1 Mrd. UAH an Privatisierungserlösen erzielt, was nur 10 % der geplanten Einnahmen entspricht. Gemäß Haushaltsentwurf will die Regierung 2010 durch die Privatisierung 10 Mrd. UAH erhalten. Falls Julia Timoschenko die nächste Präsidentin der Ukraine wird, wird sie wahrscheinlich erneut versuchen, den »Odessa Hafenbetrieb« zu verkaufen. Unter Präsidentin Timoschenko kann auch die Idee der »Reprivatisierung« (d. h. der Verstaatlichung bei Verfahrensfehlern zum Zwecke erneuter Privatisierung) wieder aufgegriffen werden. Über die Notwendigkeit einer Reprivatisierung des Stickstoffwerks »RivneAzot«, das dem Oligarchen Dmitro Firtasch gehört, hat die Ministerpräsidentin in diesem Jahr schon gesprochen.

Der größte Teil der Haushaltseinnahmen wird in der Ukraine durch Steuern erzielt. Trotz der Krise gab es in diesem Jahr keine Ausnahme. Dank der hohen Steuervorauszahlungen gelang es Timoschenko, den Haushaltsplan bis heute vollständig zu verwirklichen. Die staatlichen Rückstände bei der Erstattung der Mehrwertsteuer ist seit Jahresbeginn um 44 % (5,5 Mrd. UAH) gestiegen und erreichte ein Niveau von 18 Mrd. UAH. Dabei wurde dem Energiekonzern »Naftogas Ukrainy« Mehrwertsteuer in Höhe von 4,1 Mrd. UAH erstattet, um die Bezahlung der Gaslieferungen im August zu ermöglichen. Die dreifache Erhöhung der Verbrauchssteuern (die bis zu 6 Mrd. UAH einbringen) verringerte die Produktion von verbrauchsteuerpflichtigen Waren

und verstärkte den Anreiz, in die Schattenwirtschaft abzuwandern. Die Höhe der Schattenwirtschaft in der Ukraine wird nach offiziellen Angaben heute auf ein Drittel und nach nicht-offiziellen auf über die Hälfte der Volkswirtschaft geschätzt. Es ist zu erwarten, dass dieser Wert bei einer ähnlichen Steuerpolitik im nächsten Jahr weiter steigt.

Eine reale Einnahmequelle für den Staat kann im Jahre 2010 das Produktionswachstum in den exportorientierten Branchen werden. Die Ukraine kommt so nicht dank eines eigenen Antikrisenpakets, sondern aufgrund der Erholung der Weltwirtschaft und als Folge der höheren Weltmarktpreise für die traditionellen ukrainischen Exportprodukte (Metalle, chemische Produkte, Agrarprodukte) aus der Krise. Jedoch können gerade Metalle und chemische Produkte aufgrund der hohen Preise für Erdgas ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Deswegen ist es mit einer noch höheren Steuerlast und/oder einer Schwäche der nationalen Währung zu rechnen.

Nach den Angaben von Renaissance Capital lag die Höhe der vom Staat zu leistenden Zahlungen für seine Schulden im Jahr 2009 bei etwa 6 Mrd. US-Dollar, während die geplanten Haushaltseinnahmen 30 Mrd. US-Dollar und die Neuverschuldung 11 Mrd. US-Dollar betragen. So sollte laut Haushaltsplan ein Fünftel der Einnahmen für die Zurückzahlung der öffentlichen Schulden ausgegeben werden. Dabei waren die veranschlagten Kosten für die Staatsschulden 2009 mehr als vier Mal so hoch wie im Vorjahr. Nach den neuesten verfügbaren Daten (31. Oktober 2009) sind die gesamten öffentlichen Schulden der Ukraine seit Anfang des Jahres um 10,56 Mrd. US-Dollar gestiegen und beliefen sich auf 35 Mrd. US-Dollar (davon 23 Mrd. im Ausland und 12 Mrd. im Inland). Die Zunahme der staatlichen Schulden erfolgte vor allem durch die Auszahlung von zwei Tranchen des IWF-Kredits und die Emission von Staatsanleihen. Der Anstieg der inländischen Schulden (um 6 Mrd. US-Dollar) war jedoch höher als bei den Auslandsschulden (um 4 Mrd. US-Dollar). Im vergangenen Monat ist das Volumen der inländischen Schulden mindestens um weitere 2 Mrd. US-Dollar gewachsen, da die Regierung staatliche Garantien zur Restrukturierung der Schulden von »Naftogas Ukrainy« gewährte.

Zu den 23 Mrd. US-Dollar der staatlichen Auslandsverschuldung kommen etwa 75 Mrd. US-Dollar der Auslandsverschuldung des Privatsektors hinzu. So blieb die gesamte Auslandsverschuldung der Ukraine etwa auf dem Niveau von 2008. Mit einem nominalen BIP von etwa 118–124 Mrd. US-Dollar liegt die Aus-

landsverschuldung der Ukraine deutlich über den kritischen 60 % des BIP. In Anbetracht der Tatsache, dass die Ukraine im laufenden Jahr etwa 28 Mrd. US-Dollar zurückzahlen sollte, real aber nur ca. 10 Mrd. US-Dollar gezahlt wurden, kann davon ausgegangen werden, dass bei einer entsprechen Rückzahlungsrate die Ukraine noch mindestens ein Jahrzehnt brauchen wird, um aus der Schuldenfalle zu kommen.

Falls Julia Timoschenko die kommenden Präsidentschaftswahlen gewinnt, wird sie ihre Politik der »Handsteuerung« der öffentlichen Finanzen und der chaotischen Staatsverschuldung weiterführen. Das Geld für Gaslieferungen wird im kommenden Jahr genauso spontan wie in diesem Jahr gefunden werden müssen. Möglich ist, dass neuen Ergänzungen zu den Gasverträgen vom Januar 2009 vereinbart werden, die auf den Übergang zu einem System der Vorauszahlungen im Falle des Zahlungsverzugs verzichten. Im Gegenzug könnte Russland Forderungen nach der Teilnahme an der Modernisierung des ukrainischen Gastransportsystems oder der Verlängerung des Mietvertrags der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol stellen. Derzeit ist noch nicht wirklich bekannt, was die russischen Bedingungen für die am 24. November unterzeichneten Ergänzungen

zu den Gasverträgen waren, die die enormen Geldbußen für die unvollständige Übernahme der festgelegten Gasmengen abschafften.

Viktor Janukowitsch als nächster Präsident hätte vielleicht eine höhere Glaubwürdigkeit bei internationalen Institutionen und Investoren. Allerdings ist es fraglich, ob er angesichts der Krise eine andere Wirtschafts- und Finanzpolitik verfolgen würde. Die Durchführung konsequenter Strukturreformen unter Präsident Janukowitsch ist eher unwahrscheinlich. Eine starke Opposition unter Timoschenkos Leitung wird ihm nicht erlauben, seine sozialen Versprechen zu vergessen, die in seinem Wahlprogramm deutlich dominieren. Darüber hinaus gibt es unter der Bevölkerung heutzutage eine große Nachfrage nach »linken« Politikern.

So gibt es kein Anzeichen für das Ende der Wirtschaftskrise in der Ukraine. Aufgrund der zwei Durchgänge der Präsidentschaftswahlen wird das erste Quartal 2010 für die Wirtschaft quasi verloren gehen. Die größten wirtschaftlichen Herausforderungen werden im kommenden Jahr zweifellos die Finanzierung des Haushalts, fristgerechte Gaszahlungen und die Rückzahlung der Schulden sein.

Implikationen der Aussetzung des IWF-Programms

Von Dr. Ricardo Giucci und Robert Kirchner, Deutsche Beratergruppe bei der ukrainischen Regierung, Berlin/Kiew

Das seit November 2008 bestehende IWF-Programm hat eine entscheidende Rolle bei der bisherigen wirtschaftlichen Stabilisierung der Ukraine gespielt. Nun hat aber der IWF entschieden, das Programm vorerst auszusetzen. Der Hauptgrund hierfür liegt in einer verantwortungslosen Fiskalpolitik, die rein wahltaktisch motiviert zu sein scheint. Die Ukraine hat hierbei klar den Bogen überspannt und den bisher sehr nachsichtigen IWF zu harten Entscheidungen gezwungen, die angesichts einer stabileren Lage der Weltwirtschaft nun leichter zu treffen sind.

Die Aussetzung des Programms gefährdet die weiterhin fragile makroökonomische Lage. Eine Wiederaufnahme des Programms scheint aber erst nach dem Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 möglich. Insofern stehen dem Land schwierige Monate bevor.

Im November 2008 kam es zügig zur Vereinbarung eines IWF-Programms mit der Ukraine, das mit einem Kredit von insgesamt 16,4 Mrd. US-Dollar unterstützt wird. Bereits im gleichen Monat floß die erste Tranche des Kredits in Höhe von 4,5 Mrd. US-Dollar; weitere Tranchen wurden im Mai (2,8

Mrd. US-Dollar) und Juli 2009 (3,3 Mrd. US-Dollar) ausgezahlt.

Im Oktober 2009 prüfte eine IWF-Mission in Kiew, ob die Voraussetzungen für die Auszahlung der vierten Tranche über 3,8 Mrd. US-Dollar gegeben waren (»review«), die für November vorgesehen war. Als Ergebnis dieser Mission wird nach Äußerungen des geschäftsführenden IWF-Direktors Dominique Strauss-Kahn die vierte Tranche vorerst nicht ausgezahlt.

Das Hauptproblem liegt gegenwärtig bei der Fiskalpolitik. In diesem Jahr klaffen die Einnahmen und Ausgaben weit auseinander, da diesbezügliche Anpassungen nicht im nötigen Umfang vorgenommen werden. So wurde die fest vereinbarte Anhebung der Gaspreise zum 1. September 2009 nicht durchgeführt. Laut Prognose der Weltbank wird 2009 das konsolidierte Haushaltsdefizit 7 % des BIP betragen, allerdings ohne die staatlichen Ausgaben für die Rekapitalisierung angeschlagener Banken.

Gleichzeitig geht der Haushaltsentwurf der Regierung für 2010 von unrealistischen Annahmen aus. Das geplante Defizit von 4 % dürfte nach ersten Schätzun-

gen realistisch eher bei 8 % liegen, wenn keine Anpassungen vorgenommen werden.

Dazu kommt das neue Gesetz zur Anhebung von Mindestlöhnen und Renten, welches nach Schätzung des IWF das Defizit in 2010 um weitere 7 % erhöhen würde. Das Gesetz wurde vom Präsidenten unterschrieben, trotz expliziter gegenteiliger Forderungen seitens des IWF und der Ministerpräsidentin.

Die Aussetzung des Programms hat erhebliche Wirkungen auf den öffentlichen Haushalt, auf die Währungsreserven der Nationalbank sowie auf den internationalen Kapitalverkehr.

Die fiskalische Lage in der Ukraine ist extrem angespannt. Die Regierung hatte deshalb gehofft, zumindest einen Teil der vierten Tranche (3,8 Mrd. US-Dollar) zur Deckung des Haushaltsdefizits einzusetzen. Diese Hoffnung war nicht unbegründet, da der IWF bereits bei den letzten beiden Tranchen einer fiskalischen Verwendung der ansonsten für die Nationalbank reservierten Mittel zugestimmt hat. Durch die Aussetzung des Programms entfallen nun diese potenziellen zusätzlichen Mittel, wodurch der Druck auf die öffentlichen Finanzen weiter steigt.

Die fiskalischen Folgen der Aussetzung sind schwer abzuschätzen. In einem positiven Szenario würde der zusätzliche Druck zu mehr haushaltspolitischer Verantwortung führen und zu einer Kürzung problematischer Ausgaben bzw. einer Erhöhung wichtiger Einnahmen, inkl. der längst fälligen Anhebung der Gaspreise. Insofern könnte die Aussetzung eine positive, weil disziplinierende Wirkung haben.

Ob dieses positives Szenario eintritt ist aber offen. Möglich scheint auch das Eintreten eines negativen Szenarios zu sein, gekennzeichnet durch einen Anstieg von Zahlungs- und Gehaltsverzögerungen, übermäßigem Druck auf Unternehmen durch die Steuerbehörden und weitere Verzögerungen bei der Rückerstattung der Umsatzsteuer; ein Problem, welches vor allem ausländische Firmen trifft, die aus der Ukraine exportieren. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass der bereits spürbare Druck der Regierung für eine Monetisierung des Haushaltsdefizits durch die Nationalbank weiter ansteigt. Eine solche Monetisierung könnte die makroökonomische Situation destabilisieren, da sie einen Anstieg der Inflation und eine weitere Abwertung der Hrywna bewirken würde. Allerdings wird sich die Regierung mit ihrer Forderung einer verstärkten Monetisierung des Defizits wahrscheinlich nicht durchsetzen können, da die Nationalbank politisch nicht dem Lager der Regierung zugerechnet wird.

Die Hauptfunktion von IWF-Krediten ist die Aufstockung der Brutto-Währungsreserven der Zentralbank. Durch gezielte Interventionen auf dem Devisenmarkt kann eine Zentralbank die Übergangsphase nach einem Schock abfedern, und damit eine abrupte Abwertung der Währung vermeiden. Es stellt sich damit die Frage, wie wichtig die Auszahlung der vierten und weiterer Tranchen für die Reservehaltung der Nationalbank gewesen wäre.

Die offiziellen Währungsreserven liegen bei 27,7 Mrd. US-Dollar (Stand: Ende Oktober 2009). Dies entspricht etwa 5,8 Monaten von Importen, wodurch das Standardkriterium von 3 Monaten deutlich erfüllt wird. Werden allerdings die aktuellen Reserven mit Kriterien konfrontiert, die auf die Kapitalverkehrsbilanz fokussieren, dann fällt die Einschätzung weniger positiv aus. Der Reservestand entspricht nach unseren Schätzungen zurzeit 79 % der ausstehenden kurzfristigen Auslandsverschuldung der Ukraine; das international anerkannte Mindestkriterium von 100 % wird also nicht erfüllt. Einschränkend ist jedoch anzumerken, dass sich dieser Mindestwert auf normale Zeiten bezieht. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Krise in der Ukraine vor mehr als einem Jahr angefangen hat, scheint der jetzige Reservestand angemessen zu sein. Die Zahlung weiterer Tranchen des IWF-Kredits wäre sicherlich hilfreich, ist aber kurzfristig nicht von entscheidender Bedeutung.

Oft sind Kredite von internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank, aber auch bilaterale Kredite, an die Bedingung gekoppelt, dass das IWF-Programm »on track« ist. Die Aussetzung des Programms hat damit negative Folgen für offizielle Kredite an die Ukraine. Dies wird in der Diskussion um mögliche Hilfen seitens der EU (»Macro-financial assistance«) deutlich, die strikt an eine Fortführung des IWF-Programms geknüpft werden.

Darüber hinaus dient das IWF-Programm für private Akteure auf internationalen Kapitalmärkten als ein wichtiger Indikator für die Umsetzung einer stabilitätsorientierten makroökonomischen Politik im Lande. Die Aussetzung des Programms könnte deshalb dazu führen, dass nun per Saldo mehr Kapital das Land verlässt, z. B. durch eine geringere Bereitschaft von ausländischen Gläubigern, bestehende Kredite zu verlängern (»roll-over«). Dadurch entstehen auch neue Risiken für die weiterhin fragile Situation im Bankensektor. Die Herabstufung des Länderratings der Ukraine durch die Agentur Fitch am 12. November zeigt deutlich in diese Richtung.

Die potenziellen Risiken im Zusammenhang mit offiziellen und privaten Kapitalflüssen können kaum

unterschätzt werden und sind aus unserer Sicht deutlich als das größte Problem im Zusammenhang mit der Aussetzung des IWF-Programms anzusehen.

Nach dem schweren Einbruch ab dem 4. Quartal 2008 scheint sich eine Stabilisierung der Wirtschaft abzuzeichnen; diese ist allerdings sehr fragil. Neben externen Faktoren ist dies auch als ein Erfolg des IWF-Programms zu werten. Die Aussetzung des Programms ist daher ein schwerer Schock, der die bisherige Stabilisierung gefährdet.

Offensichtlich wird das IWF-Programm für Zwecke des Wahlkampfs instrumentalisiert. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass der IWF hier zunächst abwarten will. Um das Programm wieder aufzunehmen, muss laut IWF ein neuer Konsensus aller Entscheidungsträger gefunden werden, die ursprünglichen Vereinbarungen

weiter umzusetzen, und insbesondere eine nachhaltige Haushaltspolitik anzustreben. Dem steht gegenwärtig der teilweise destruktive politische Wettbewerb im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen entgegen. Das Bestreben, durch populistische Maßnahmen die Chancen bei den kommenden Wahlen zu erhöhen, impliziert neue Risiken für eine Erholung des Landes.

In diesem schwierigen Kontext bleibt abzuwarten, ob es nach den Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 zügig gelingt, energische Schritte für eine Fortführung des Programms in die Wege zu leiten.

[Der abgedruckte Text ist ein Nachdruck des aktuellen Newsletters der Beratergruppe (Nr. 15 vom November 2009). Zum regelmäßigen Bezug des Newsletters genügt eine Email an newsletter@beratergruppe-ukraine.de]

Lösung der politischen Krise in Sicht? – Economics matters

Von Inna Melnykovska, Doktorandin am Otto Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der FU Berlin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Politikwissenschaft des Instituts für Sozialwissenschaften an der CAU in Kiel

Politische Stabilität zu erreichen ist eine der wichtigsten Herausforderungen für die Ukraine im kommenden Jahr. Seit 2005 dominiert das Wort »Krise« die Nachrichten über die Ukraine. Mehrere Parlamentswahlen und Regierungswechsel, ein ständiger Streit um Kompetenzen zwischen dem Präsidenten Viktor Juschtschenko, den Regierungen, dem Parlament, dem Obersten Gericht sowie den staatlichen Behörden haben das politische System paralyisiert. Insbesondere das Parlament war seit der vorgezogenen Parlamentswahl im Jahr 2007 nur eingeschränkt handlungsfähig; aufgrund häufig wechselnder Regierungskoalitionen – nicht zuletzt mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen – war das Parlament kaum gesetzgeberisch tätig. Die instabilen Koalitionsverhältnisse haben sich auch negativ auf die Regierungsbildung ausgewirkt; mehrere wichtige Ministerämter blieben monatelang unbesetzt.

Die Orange Revolution hat zur Verbesserung der demokratischen Strukturen beigetragen und dürfte eine Konsolidierung der – sich in der Ära Kutschma zeigenden – autoritären Züge verhindert haben. Allerdings geriet die bis dahin bestehende Machtverteilung zwischen den politischen Akteuren aus dem Gleichgewicht. Die Verfassungsänderungen, die im Dezember 2004 innerhalb eines Gesetzpakets verabschiedet wurden, waren ein situativer Kompromiss, der von keinem Beteiligten als dauerhafte Lösung angesehen wurde. Die »Orangen« sicherten sich mit den Wahlgesetzänderungen – als Teil des Gesetzpakets – den Sieg ihres Kandi-

daten, Viktor Juschtschenko, bei der Wiederholung der Stichwahl. Für die »Blau-Weißen« um Viktor Janukowitsch war die Schwächung des Amtes des Präsidenten zugunsten des Parlaments – als weiterer Teil der Verfassungsreform – entscheidend; hofften sie doch auf den Sieg bei den folgenden Parlamentswahlen.

Direkt nach Ende der Orangen Revolution begann ein neuer, bis heute andauernder Kampf um die Machtverteilung, sowohl zwischen den »Orangen« und den »Blau-Weißen« als auch innerhalb dieser beiden Lager. Ein neues, alle Seiten zufriedenstellendes Gleichgewicht wurde jedoch bis heute nicht gefunden. Dies lag u. a. daran, dass die Verfassungsänderungen einen Geburtsfehler enthielten, indem sie keine klaren Trennlinien zwischen den Befugnissen von Parlament, Regierung und Präsidenten schufen. Außerdem konnte in den bisherigen Wahlen keine politische Kraft eine Mehrheit erringen, so dass Koalitionen erforderlich waren. Da jedoch nicht inhaltliche Nähe der Parteien sondern eine Einigung über die Ämterverteilung für das Zustandekommen einer Koalition maßgeblich war, waren diese Koalitionen situativ und kurzlebig. Ungeachtet der Gefahr eines Koalitionsbruchs versuchten die Koalitionspartner immer wieder die Verfassungsunschärfe gegeneinander auszunutzen und die eigene Machtposition zu verbessern. Da es immer Ungewissheit über den Ausgang der jeweiligen Kampfrunde gab und die Möglichkeiten für neue Machtkämpfe nicht ausgingen, lagen notwendige Entscheidungen über die Kompetenzverteilung

nicht im Interesse der Beteiligten. Deshalb blieben die Versuche innerhalb und außerhalb der Verfassung eine neue Machtverteilung zu festigen bis jetzt ohne Erfolg und mündeten immer in politischen Krisen.

Selbst der Gasstreit mit Russland und die Wirtschaftskrise konnten die politischen Akteure bis lang nicht vereinen. Die notwendigen Entscheidungen zur Beilegung der Krise – wie z. B. bei den Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) – wurden zwar mit vereinten Kräften getroffen, direkt nach solchen Entscheidungen begannen die Parteien jedoch wieder mit der Diskreditierung des politischen Gegners. So verabschiedete das Parlament mit der Unterstützung des Präsidenten ein Gesetz über Sozialleistungen, das die massive Erhöhung von Mindestlöhnen und Sozialstandards vorsieht. Von diesem Geschenk im Vorfeld der Wahl erhoffen sich wohl vor allem die Partei der Regionen mit ihrem Vorsitzenden Viktor Janukowitsch, sowie Präsident Juschtschenko zusätzliche Wählerstimmen; gleichzeitig dürfte dieses Gesetz dem Ansehen der Regierung von Julia Timoschenko schaden, da sie diese Begünstigungen unmöglich umsetzen kann. Bei der Verabschiedung des Gesetzes wurden die negativen Folgen, wie die Erhöhung des Haushaltsdefizits im Jahr 2010 um 5 % sowie der Auszahlungsstopp eines Teils des IWF-Kredites in Kauf genommen.

Ein deutlicher Sieg eines Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen könnte seine Verhandlungsposition stärken. Aber ein solches Ergebnis scheint angesichts der gegenwärtigen Umfragen unwahrscheinlich. Im wahrscheinlich erforderlichen zweiten Wahlgang dürfte der Stimmenunterschied zwischen den beiden Kandidaten (voraussichtlich Timoschenko und Janukowitsch) sehr gering ausfallen. Auch dürften sich die Mehrheitsverhältnisse zwischen den Regionen unterscheiden, letztendlich dürfte dem neuen Präsidenten in einer Hälfte des Landes die Unterstützung fehlen. Um die Legitimation in der anderen Hälfte des Landes zu sichern, könnte er dem politischen Gegner bestimmte Zugeständnisse machen, z. B. durch Unterstützung eines Vertreters des anderen politischen Lagers für das Amt des Ministerpräsidenten. Eine Herausforderung für den Präsidenten ergibt sich dabei insbesondere dann, wenn die ihn stellende Partei im Parlament keine Mehrheit hat. Darüber hinaus spekuliert schon heute jeder Präsidentschaftskandidat, wie im Fall einer Niederlage das Wahlergebnis angefochten werden kann oder wie die Machtverhältnisse durch Referendum oder eine weitere Verfassungsänderung verändert werden könnten.

Auch die fehlende Legalität der neuesten Änderung des Wahlgesetzes, die vom Obersten Gericht als verfas-

ungswidrig eingestuft wurde, und die keine Partei vor den Wahlen beheben will, wird zur Fortsetzung des Machtkampfes nach den Wahlen beitragen. Deshalb haben die zurzeit diskutierten Ausgangsszenarien kaum Chancen, von allen politischen Akteuren anerkannt zu werden und ein stabiles Gleichgewicht zu schaffen.

Wenn die Wahlen die Rivalitäten zwischen den Politikern eher verstärken und wenn ein externer Anreiz für gemeinsames Handeln der politischen Akteure, wie z. B. eine EU-Beitrittsperspektive, ausbleibt, welcher alternativer Impuls könnte in der Ukraine die Kompromissbereitschaft der politischen Akteure stärken? Ein solcher Impuls könnte von den Wirtschaftseliten (den oligarchischen Clans) ausgehen. Diese üben vor allem durch die Finanzierung der Wahlkampagnen einen großen Einfluss auf die politischen Akteure aus.

Wie im Fall der politischen Akteure zerstörte die Orange Revolution und der Übergang zu einer parlamentarisch-präsidentiellen Demokratie auch die Machtverhältnisse zwischen den unterschiedlichen oligarchischen Clans. Die politische Instabilität in den Jahren nach der Orangen Revolution ist nicht zuletzt Folge des Handelns der Oligarchen. Diese nutzen ihre finanzielle Macht, um im politischen Tagesgeschäft ihre individuellen Interessen beim Entstehen eines neuen Gleichgewichts in der Machtverteilung durchzusetzen. Die Förderung von Stabilität sowie die Weiterentwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft werden dabei von den Clans vernachlässigt. Allerdings wurden die wenigen Momente, in denen in den vergangenen Jahren Übereinstimmung zwischen den politischen Kräften bestand (z. B. bei der Gesetzgebung zum WTO-Beitritt der Ukraine) oft dem Einfluss der Wirtschaftselite zugeschrieben.

Gemeinsames wirtschaftliches Interesse, die Folgen der Wirtschaftskrise abzuwehren und weitere marktwirtschaftliche und strukturelle Reformen anzuleiten, kann die Rivalität zwischen den Clans mildern. Weiterhin kann die Wirtschaftselite, die nun zunehmendes Interesse an Stabilität und Funktionsfähigkeit des politischen Systems haben dürfte, ihren Einfluss nutzen, um die politischen Akteure zu Kompromiss und Einigung in der Machtverteilung zu bewegen. Begünstigend können hier auch die Verluste sein, die die Unternehmensgruppen in Folge der Wirtschaftskrise erlitten haben. Besonders die Clans, die ihre Profite in Finanzwesen, Bau-, Stahl- oder Gas/Ölindustrie machten, haben bis zu 90 % ihres Vermögens verloren. Dies schränkt die Finanzressourcen, die sie in den politischen Kampf investieren können, deutlich ein und kann somit das Bestreben nach einer stabilen Machtverteilung in der Politik weiter stärken.

Chronik
Vom 24. November bis zum 8. Dezember 2009

24.11.2009	Vertreter der Unternehmen Naftohaz und Gazprom unterzeichnen Zusatzvereinbarungen zum Gasvertrag vom Januar 2009, laut denen die vertraglich abzunehmende Gasliefermenge für das Jahr 2010 auf 33,75 Mrd. Kubikmeter (35 % weniger) festgelegt wird und Vertragsstrafen für nicht abgenommene Gasmengen im Jahr 2009 aufgehoben werden.
26.11.2009	Der Block Timoschenko bemüht sich auf einer außerordentlichen Parlamentsitzung um die Überwindung des Präsidentenvetos gegen die am 3.11.2009 vom Parlament befürwortete Bereitstellung von 83 Mio. Euro für die Bekämpfung der Grippewelle, kann sich hier aber nicht durchsetzen. Das Gesetz wird an den Haushaltsausschuss weitergegeben. Eine Woche später kommt es abermals nicht zu einer Überstimmung des Vetos und das Gesetz gilt damit als abgelehnt.
27.11.2009	Bei der Enthüllung eines restaurierten Lenin-Denkmal in Kiew kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Kommunistischen Partei und Nationalisten.
28.11.2009	Der im Juni zurückgetretene Verkehrsminister Iosif Winskij wird zum neuen Vorsitzenden der Partei Volksmacht gewählt und löst damit Wladimir Netschporuk ab.
28.11.2009	Der ehemalige Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk wird zum Vorsitzenden der Partei Front des Wandels gewählt.
28.11.2009	Sergej Tihipko wird einstimmig zum Nachfolger Dmitrij Sirota im Amt des Vorsitzenden der Arbeitspartei der Ukraine gewählt, die sich in Starke Ukraine umbenannt.
30.11.2009	Präsident Viktor Juschtschenko unterschreibt einen Erlass, dem zufolge alle Präsidentschaftskandidaten während des Wahlkampfes Anspruch auf Personenschutz haben.
2.12.2009	Das Parlament lehnt alle 243 Änderungsvorschläge zum neuen Gesetz zu den Präsidentschaftswahlen ab. Tags darauf fordert Präsident Viktor Juschtschenko in einem Brief an Parlamentspräsident Wladimir Litwin das Parlament dazu auf, sich nochmals mit dem Gesetz auseinanderzusetzen. Im Juli hatte das Parlament ein neues Gesetz zu den Präsidentschaftswahlen angenommen, einen Monat später legte Juschtschenko sein Veto ein. Nachdem das Parlament das Veto überstimmt hatte, weigerte sich Juschtschenko das Gesetz zu unterschreiben. Es trat am 9.9.2009 durch die Unterschrift des Parlamentspräsidenten dennoch in Kraft. Der Präsident rief daraufhin das Verfassungsgericht an und dieses erklärte einige Punkte des Gesetzes für verfassungswidrig. Rechtskräftig ist nun das Gesetz vom Juli ohne die verfassungswidrigen Punkte.
3.12.2009	Das Parlament überstimmt das Veto Präsident Viktor Juschtschenkos zu einem Gesetz über die Aufschiebung der Preiserhöhung von Arzneimitteln in der besonderen Krisensituation nicht.
4.12.2009	In Kiew findet der 13. Ukraine-EU-Gipfel statt. In einem Abkommen wird die stärkere Kooperation der Ukraine mit der EU-Polizeibehörde Europol vereinbart. Kommissionspräsident José Manuel Barroso kritisiert die Ukraine für schleppende Reformen und mangelhafte Zusammenarbeit mit dem IWF. Ein Assoziationsabkommen ist für 2010 vorgesehen.
7.12.2009	Die Weltbank nennt ihre Bedingungen für die Auszahlung der zweiten Tranche eines Kredits in Höhe von 350 Mio. US-Dollar zum Ausgleich von Haushaltsdefiziten. Im Mittelpunkt stehen die nochmalige Untersuchung der ukrainischen Banken und deren Rekapitalisierung.
8.12.2009	Der stellvertretende Ministerpräsident Grigorij Nemyrja bittet den IWF um die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit, die zuletzt durch die Anhebung der Sozialstandards in der Ukraine gestört worden war.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de